

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1986)
Heft: 3: Lichtblick in der Energiepolitik?

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parlamentarische Morgenröte?

Das Luzerner Kantons-Parlament überwiegt ein Postulat der POCH für einen Verzicht auf das AKW Inwil mit 105 zu 40 Stimmen. Eine gesetzliche Verankerung dieses Beschlusses wurde jedoch gleichentags abgelehnt. Das AKW Inwil steht nach Kaiseraugst, Graben und Verbois an vierter Stelle der Atom-Lobby-Wunschliste.

NZZ, 3. 7. 1986

Eine SP-Motion, die ein Beteiligungsverbot der Gemeinde Dietikon an Atomanlagen in der Gemeindeordnung verankern wollte, ist gescheitert. Der Vorstoss, welcher sich vor allem gegen die Beteiligung Dietikons am Transwaal-Projekt (Bezug von Fernwärme aus dem AKW Bezau) richtete, fand keine Unterstützung im Bürgerblock, beim Landesring und bei der Demokratischen Partei.

TA, 16. 8. 1986

ma. Nach dem Motto «mehr Freiheit – weniger Staat» forderte Stefan Frey (Grüne Liste Olten) vom Solothurner Regierungsrat «eine Vorlage zur Auflösung des Kantons-anteils an der Aare Tessin AG für Elektrizität ATEL». Begründung: «Durch die aggressive Atompolitik der ATEL gerät der Kanton Solothurn durch seine (Minderheits-)Beteiligung von rund 9% in eine staatspolitisch schwierige Situation, die er eigentlich nicht zu verantworten, trotzdem aber mitzutragen hat.» Der Vorschlag fand weder bei der bürgerlichen noch bei der Mehrheit der SP-ParlamentarierInnen Zustimmung.

Mit 110 zu 28 Stimmen hat der Zürcher Kantonsrat eine Motion von Daniel Vischer (POCH) verworfen, die für den Ausstieg aus der Atomenergie eine entsprechende Ständesinitiative gefordert hatte. Zugestimmt haben die POCH und Grüne ParlamentarierInnen sowie einzel-

ne Mitglieder der SP, des Landesrings und der CVP. Eine Einzelinitiative von vier Stadtzürcherinnen, welche alle nötigen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Massnahmen zur Lösung von der Atomenergie in der Kantonsverfassung anstrebte, erreichte das nötige Quorum von 60 Stimmen nicht. Lediglich 43 von 180 ParlamentarierInnen unterstützten das Begehren.

TA, 19. 8. 1986

Nach dem klaren Votum der Kantone für einen neuen Energieartikel denkt man im Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) bereits konkreter an dessen Realisierung. Erteilen National- und Ständerat in der Herbst- und Wintersession über den Motionsweg ebenfalls einen entsprechenden Auftrag, wird der Bundesrat bereits Ende 1987 dem Parlament einen neuen Energieartikel unterbreiten, wie BEW-Direktor Eduard Kiener gegenüber der SDA erklärte. Im Vergleich zur 1983 verworfenen Vorlage sollen zwei wesentliche Neuerungen eingebracht werden: eine konkrete Aufzählung der Kompetenzen des Bundes im Energiebereich sowie eine zweckgebundene Energieabgabe.

TA/SDA, 23. 8. 1986

Hoffnungsschimmer

In Nidwalden ist mit 3437 Unterschriften die kantonale Volksinitiative «für die Mitsprache des Volkes bei Atomanlagen» zustande gekommen. Für das Quorum wären 1106 Unterschriften nötig gewesen. Nachdem die Nidwaldner Regierung sich gegenüber der NAGRA für Probebohrungen ausgesprochen hat, wollen die Initianten erreichen, dass zu solchen und ähnlichen Stellungnahmen eine Volksabstimmung stattzufinden habe.

Freier Aargauer, 15. 8. 1986

Das italienische Referendum gegen Atomkraftwerke ist mit 900 000 Unterschriften zustande gekommen. Erforderlich gewesen wären

500 000 Unterschriften. Die Volksabstimmung soll nächsten Frühling stattfinden.

NZZ, 7. 8. 1986

Im Gegensatz zur Schweizer Regierung, welche mit der Export-Risiko-Garantie für das Kohlekraftwerk Marmara der BBC unter die Arme gegriffen hat, lehnt die kanadische Regierung eine Staatsgarantie für das türkische AKW-Projekt Akkuyu ab. Damit ist dieses Projekt in Frage gestellt.

TA, 7. 8. 1986

In Jugoslawien haben Arbeiterräte die Gewährung eines 28-Mio.-Franken-Kredites für ein zweites Atomkraftwerk abgelehnt. Damit wird dieser Bau bis mindestens 1990 aufgeschoben.

TA, 12. 7. 1986

Ägypten wird mit der Schweiz vorläufig kein «Nuklearabkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie» abschliessen. Ägypten will als Folge der Ukraine-Katastrophe sein eigenes Atomprogramm überprüfen.

NZZ, 12. 6. 1986

Pleitegeier

Das AKW Niederaichbach in Bayern wird als erstes Atomkraftwerk der Welt abgerissen. Nach nur 18,3 Volllasttagen wurde der schwerwassermoderierte Druckrohrreaktor 1974 endgültig abgeschaltet. Bei der Demontage fallen an: 3500 t radioaktives Wasser, 1500 t radioaktiv verseuchtes Stahl, 1200 t radioaktive feste Abfälle und 141 000 t nicht-radioaktive Abfälle. Über die Kosten ist nichts bekannt.

TA, 13. 6. 1986

Einem Bericht über die Putzarbeiten beim AKW Three Mile Island II entnehmen wir: Baukosten 700 Millionen Dollar, Putzkosten 1 Milliarde Dollar. Erst ein Sechstel des radioaktiven Materials konnte dem Reaktor entnommen werden, 127,5 Tonnen Material sind weiterhin im Reaktor. Alles-

überlebende Algen haben das Wasser in der Brennkammer dermassen getrübt, dass die Arbeit mit Unterwasserkameras zeitweise eingestellt werden musste.

Das Ausräumen soll bis mindestens Ende 1988 dauern. 8 Millionen Liter verseuchten Wassers sollen über den Zeitraum von zweieinhalb Jahren in die Atmosphäre verdampft werden. Im nächsten Frühling beginnen die Prozesse von 2000 Personen gegen die Betreibergesellschaft.

TA, 13. 8. 1986

Auch «Japan wird in Kürze seinen ersten Atomreaktor abreißen. Das japanische Atomforschungsinstitut teilt mit, der Abriss des 23 Jahre alten Siedewasser-Forschungsreaktors werde vermutlich sechs Jahre lang dauern und 10 Milliarden Yen (rund 110 Millionen Franken) kosten. Die rund 4000 Tonnen radioaktiv verseuchten Abfallmülls würden vorerst in Behälter gepackt und im Atomforschungsinstitut Tokai nordöstlich von Tokio gelagert. Für die Endlagerung der Abfälle gebe es noch keine Pläne.»

Volksrecht, 21. 8. 1986

Die Ergebnisse der Verwertungsstudie für die Atomruine Zwentendorf in Niederösterreich «übertreffen die schlimmsten Befürchtungen für die Eigentümergesellschaften». Von den 47 angeschriebenen Gesellschaften haben einzelne lediglich Interesse für den Brennstoff gezeigt. Dieser soll für 52 Mio. Dollar verkauft werden. Der Rest kann höchstens zum Schrottwert von 14 Mio. Dollar abgesetzt werden. Die Kosten für den völligen Abbruch, der insgesamt 7 Jahre dauern soll, betragen jedoch 105 Mio. Dollar. Alles in allem zeichnet sich ein Verwertungsverlust von insgesamt 39 Mio. Dollar ab. Von den Erstellungskosten wird unter diesen Umständen kein einziger Schilling zurückkommen.

NZZ, 1. 7. 1986

Eine Erhebung der American Gas Association, die sich auf 52 Leichtwasserreaktoren bezieht, ergab Stilllegungskosten zwischen 50 und 210 Dollar pro Kilowatt elektrischer Leistung. Nimmt man nur die grösseren KKW (Leistungen zwischen 500 und 1150 MWh), so kommt man auf 50 bis 136 Dollar, im Mittel rund 100 Dollar pro Kilowatt. Für ein KKW von 1000 MWh ergäben sich nach dieser Rechnung folglich Kosten von 100 Millionen Dollar.

TA, 25. 8. 1986

Unfälle + Verbrechen

Gemäss einem Bericht des IAEO-Sekretariats sind 1985 keine «Abzweigungs-Anomalien» bei atomarem Brennstoff entdeckt worden. Gemäss den IAEO-Richtlinien beginnt eine «Anomalie» bei der Abzweigung von 8 kg Plutonium oder 25 kg hochangereichertem Uran pro Werk.

NZZ, 2. 7. 1986

Wie aber die englische Sonntagszeitung «The Observer» bekanntgab, waren in Grossbritannien 8 kg Plutonium während etwa einem Jahr verschwunden. Das Plutonium sei aus der Wiederaufbereitungsanlage von Sellafield/Windscale als falsch deklarierte Sendung zur Kernforschungsanlage Dounreay gesendet worden. Nachdem der Verlust in Sellafield bemerkt wurde, habe man dort den Verlust als einen Buchungsfehler kassiert.

NZZ, 10. 6. 1986

Der amerikanische Atomkonzern Kerr-McGee hat sich zur Zahlung von 1,38 Millionen Dollar Entschädigung im Silkwood-Prozess bereit erklärt.

Die ehemalige Konzernmitarbeiterin Karen Silkwood hatte die Firma 1974 wegen radioaktiver Verseuchung im Dienst auf Schadenersatz verklagt. Kurz darauf, verunglückte sie unter mysteriösen Umständen bei einem Autounfall tödlich. Eine Autopsie ergab später, dass Karen Silkwood durch

radioaktives Plutonium stark verseucht worden war.

Die Geschichte der Karen Silkwood ist vor geraumer Zeit mit Meryl Streep in der Titelrolle verfilmt worden. Die jetzt in Aussicht gestellte Entschädigung soll dem Silkwood-Nachlass zugeschlagen werden. Den Entschluss, nach zwölf Jahren Rechtsstreit durch mehrere Instanzen hindurch jetzt doch zu zahlen, begründete ein Sprecher des Konzerns mit dem Argument, auf diese Weise sollten die Gerichtskosten begrenzt werden. Man sei auch der Ansicht, dass man das Verfahren am Ende doch noch gewonnen haben würde.

Bei einer früheren Gerichtsentscheidung war der Konzern noch zur Zahlung von 10,5 Millionen Dollar verurteilt worden. Er hatte dagegen Revision eingelegt.

Volksrecht, 25. 8. 1986

Vier Wochen nach dem verheerenden Unglück im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl ist laut einem Bericht der Moskauer Zeitung «Leninskoje Snamja» im selben Reaktorgebäude erneut ein Brand ausgebrochen, bei dessen Bekämpfung sich die Feuerwehrleute in einem radioaktiv verstrahlten Bereich aufhalten mussten.

Die von der Kommunistischen Partei herausgegebene Zeitung erwähnte den Brand vom 23. Mai, über den die sowjetischen Medien bisher nicht berichtet hatten, in einem längeren Artikel über den heldenhaften Einsatz der Feuerwehr in Tschernobyl. Das Feuer war dem Bericht zufolge in den frühen Morgenstunden im Gebäude des ausgebrannten Reaktors ausgebrochen. Unklar bleibt, wie weit es vom Reaktorkern entfernt war. Doch hätten die Flammen ein Vorratslager mit Ölfässern gefährdet. «Wir wollen nicht darüber reden, was passiert wäre, wenn es dort zu Problemen gekommen wäre», schrieb die Zeitung.

Volksrecht, 21. 8. 1986

Drei Wochen vor der geplanten Inbetriebnahme des AKWs Cattenom ist eine Leitung des Kühlsystems geborsten. Gemäss der Werkleitung sei lediglich nicht-radioaktives Wasser ausgetreten. Die Kellergeschosse der beiden Blöcke wurden überschwemmt.

NZZ, 25. 8. 1986

Während einer Inspektion durch die IEAO ist es im japanischen AKW Tokaimura zu einem «Störfall» gekommen. Ein Beamter der IEAO und ein Mitglied des japanischen Institutes für Wissenschaft und Technologie erhielten dabei eine Strahlendusche.

BZ, 25. 6. 1986

Weiter im Takt

Michael Kohn hatte anlässlich seines Rücktritts von der Geschäftsleitung von der ATEL angekündigt, wo er sein neues Arbeitsfeld sieht: Umdenken, mehr Dynamik, weg vom eindimensionalen, technokratischen Denken waren einige der Stichworte. Was er damit meinte, bewies er an der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), wo er einen Beitrag zur Schulung der Atomlobby leistete: «Tschernobyl ist nicht Gösgen», «Plebiszit an der Steckdose», «die Kernenergie hat in Tschernobyl ihre Unschuld verloren, andere Energieträger haben sie nie gehabt», und basierend auf deutschen Untersuchungen behauptete er, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie 30 Milliarden Franken koste.

TA & NZZ vom 20. 8. 1986

Das Eidgenössische Institut für Reaktorforschung (EIR) und das Schweizerische Institut für Nuklearforschung (SIN) sollen zu einem neuen Forschungsinstitut zusammengelegt werden. Dies schlägt der Schweizerische Schulrat als Konsequenz aus der Hayek-Optimierungsstudie über die ETH vor. «Hauptaufgabe und Stossrichtung» der beiden Institu-

te sollen «vorläufig» nicht geändert werden.

NZZ, 4. 7. 1986

Japan will den Anteil an der Atomenergie von derzeit 25 Prozent auf 58 Prozent bis zum Jahr 2030 erhöhen. Dazu müssten 112 Atomkraftwerke gebaut werden. Ausserdem müsste die Brüter-Technik entwickelt und die Wiederaufbereitungs-Technik verbessert werden.

NZZ, 19. 7. 1986

Fünf Atomkraftwerke hätten gemäss älterer Planung in Italien gebaut werden sollen. Bisher ist eines – seit zehn Jahren – in Bau und soll Mitte neunziger Jahre ans Netz. Ein weiteres hat die Standortbewilligung erhalten, doch fordert die betroffene Gemeinde in Trino Vercellese nach «Tschernobyl» einen Bauaufschub. Für die anderen drei AKWs in den Regionen Lombardei, Apulien und Venetien lassen sich keine interessierten Kommunen finden. Der Anteil der nuklearen Stromerzeugung am Energieverbrauch beträgt zurzeit 0,8 Prozent. Von den 25 105 GWh italienischer Stromimporte liefert die Schweiz 14 860 GWh, das sind 59,2 Prozent.

NZZ, 19. 8. 1986

Am 1. Juni fand unter dem Protest von 3000 DemonstrantInnen die Eröffnung der ENC-Trade Fair 86, besser bekannt als Atomhandelsmesse, statt. In der folgenden Woche «gebärdeten sich die Atomiker technisch hilflos und bei der politischen Reflexion bockig». Gemäss dem bundesdeutschen KKW-Exponenten Barthel werden für die Zukunft «die besten Ingenieure, Physiker und PR-Arbeiter aufzubieten sein». Und IEAO-Chef Hans Blix gab ein überzeugendes Argument bekannt: Mit «Tschernobyl» habe es proportional weniger Tote gegeben als bei der Brüsseler Fussball-Tragödie.

Tageszeitung, Berlin, 11. 6. 1986